

Policy Paper:

„Politikverdrossenheit begegnen! Demokratie fördern! Mit der engagierten Bürgerschaft?!“

Erkenntnisse aus einer Kommunenbefragung
in Nordrhein-Westfalen



gefördert von:

Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen



Inhalt

Zusammenfassung	3
Zur Befragung.....	3
Zur Stichprobe	3
Erhebungsergebnisse.....	4
1 Wie Politikverdrossenheit durch Kommunen in NRW wahrgenommen wird	4
1.1 Kritik gegenüber Verwaltung, Lokalpolitik und Zivilgesellschaft auch Ziel von Angriffen	4
1.2 Unzufriedenheit mit Politik und gesellschaftliche Entwicklungen – mögliche Gründe für Politikverdrossenheit.....	6
1.3 Frustrationspotenzial	7
2 Was ist jetzt zu tun? Einschätzungen zu Maßnahmen und Ansätzen	8
2.1 Stärkung von Teilhabe und Engagement als übergeordnetes Ziel.....	8
2.2 Eigene sinnvolle Ansätze finden	10
2.3 Kommunale Erfahrungen mit ausgewählten Maßnahmen	11
2.4 Weitere Maßnahmen: Bereitschaft zum Dialog und mehr Mut zum Ausprobieren	13
2.5 Fachstellen für Bürgerbeteiligung bzw. -engagement	13
Fazit und Ausblick: Politikverdrossenheit als Ausdruck von Unsicherheit und Frustration	14
Diskussionsfragen zur Vertiefung.....	14
ANHANG	15
Literatur	15
Interviewleitfaden.....	17
Online-Fragebogen.....	19

Impressum

Herausgeber: 3WIN e.V. Institut für Bürgergesellschaft
 Auguststr. 2a, 50733 Köln | verantwortlich: Dieter Schöffmann, Vorsitzender
 info@3win-institut.de | Tel. 0221 29 12 13 29

Autorin & Autor: Prof.‘in Dr. Andrea Walter & Dieter Schöffmann (verantwortlich)

Köln, Okt. 2024

Die Erhebung und Veröffentlichung wird gefördert von der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Projektes „Kommunalverwaltung und Politik in NRW für bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung sensibilisieren und gewinnen“

Zusammenfassung

Die aktivierende Befragung mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalverwaltungen in NRW zeigt:

- ❑ Die Einschätzungen der Befragten gehen deutlich über eine „Politikverdrossenheit“ hinaus: Jede und jeder zweite Befragte nimmt regelmäßige Unmut gegenüber Verwaltung und Kritik an Lokalpolitik wahr. Lokalpolitik und zivilgesellschaftlichen Organisationen bilden zudem Zielscheiben für Angriffe.
- ❑ Politikverdrossenheit ist vor allem Ausdruck von Unzufriedenheit und Frustration gegenüber der Bundespolitik.
- ❑ Handlungsansätze werden vor Ort gesehen: Vor allem in der Stärkung von Partizipation, Teilhabe und Engagement - vor allem im Hinblick auf die Menschen, die nicht von selbst Beteiligungsformate und Engagementorte aufsuchen.
- ❑ Von der Verwaltung selbst wird Dialogbereitschaft (vor allem auch bei kontroversen Themen) und mehr Mut zum Ausprobieren eingefordert.

Zur Befragung

Ziel: Mit der Befragung sollte erhoben werden, wie Kommunen in NRW das Phänomen „Politikverdrossenheit“ vor Ort einschätzen.

Zweistufige Methodik: Vom 02. bis zum 30. Juli 2024 fand eine **Online-Befragung** statt: 245 Kontakte vor allem aus den Funktionsbereichen „Bürgerbeteiligung“, „Bürgerengagement“, „Bürgerdialog“, „Bürgerdienste“ u.ä.m. in 123 Kommunen (Gemeinden, Städte, Kreise) sind in NRW per Mail angeschrieben worden. 63 haben an der quantitativen Erhebung teilgenommen und die Fragen ganz oder auch nur teilweise beantwortet.

Auf Basis der Befragung sind im Anschluss drei **Experteninterviews** mit Führungskräften aus Kommunen zur Vertiefung einzelner Aspekte durchgeführt worden: Leitung Stabstelle Sozialplan und Sozialberichterstattung, kreisfreie Stadt (I1), Abteilungsleiter Amt für Integration und Flüchtlingsangelegenheiten, Kreis (I2), Leitung Stabstelle Bürgerbeteiligung, kreisfreie Stadt (I3).

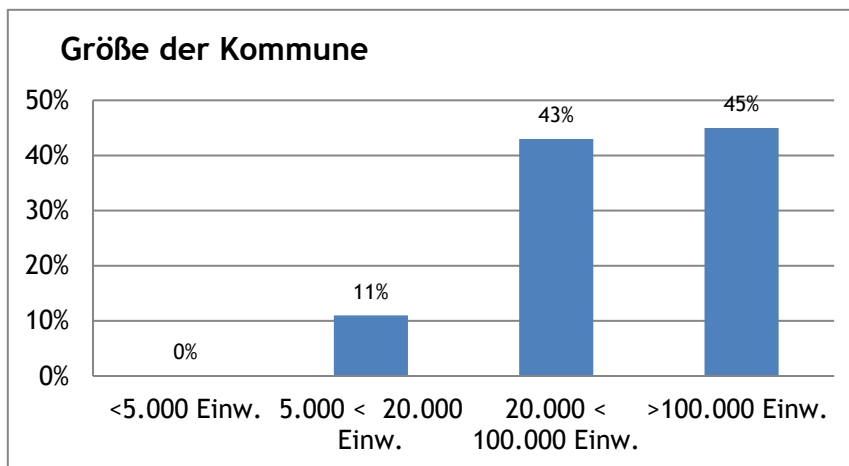
Zur Stichprobe

Befragte – Kommumentyp und -größe

Die Antworten kamen überwiegend von Führungskräften (49%) und der Sachbearbeitungsebene (42%) zusammen. 8% machen keine Angabe oder geben „sonstiges“ an, etwa Referent/in und Stabstellenbeschäftigte. Hinsichtlich der vertretenen Fachbereiche geben 12% „Bürgerbeteiligung“ und 33% „Bürgerengagement“ an. 50% der Antwortenden kommen aus anderen Fachbereichen.

Am stärksten vertreten bei der Befragung sind kreisangehörige Gemeinden (57%), gefolgt von kreisfreien Gemeinden (25%) und Kreisen (17%). Bezogen auf die Größe sind Großstädte (45%) und Mittelstädte (43%) am stärksten vertreten. Aus Kleinstädten kommt nur jede zehnte Antwort (11%).

Abb. 1: Größe der Kommune



Quelle: eigene Darstellung, n=53

Vernetzung vor Ort

Von den Antwortenden (n=21) geben 81% an, Mitglied im Kommunen-Netzwerk „engagiert in NRW“ zu sein, je ein Fünftel gibt an, Mitglied in den Netzwerken „Engagierte Stadt“ (19%) und Netzwerk Bürgerbeteiligung (19%) zu sein. Knapp ein Drittel (29%) gibt an, anderen Netzwerken anzugehören.

Erhebungsergebnisse

1 Wie Politikverdrossenheit durch Kommunen in NRW wahrgenommen wird

Politikverdrossenheit galt einst als massenmedial gern verwendeter Begriff der 1990er Jahre. Der Begriff bleibt unscharf und beschreibt ein Spektrum verschiedener Emotionen von Bürgerinnen und Bürgern - z.B.: Unzufriedenheit, Enttäuschungen und Ungerechtigkeit gegenüber Politik (politischen Institutionen genauso wie parteipolitischen Akteuren). Die wahrgenommenen Emotionen führen sukzessive zu einer kognitiven und affektiven Distanz, der sogenannten „Verdrossenheit“, die zur Entfremdung führen kann (Fuchs 2002, S. 339).

In dieser Befragung wurden Kommunenvvertreterinnen und -vertreter nach ihrer Einschätzung gebeten, wie sie Politikverdrossenheit in ihren Gemeinden und Kreisen gegenwärtig wahrnehmen. Dabei gehen die Fragen über die Wahrnehmung von Emotionen hinaus. So wird auch nach Einschätzungen zu Angriffen auf Politik und Zivilgesellschaft gefragt.

1.1 Kritik gegenüber Verwaltung, Lokalpolitik und Zivilgesellschaft auch Ziel von Angriffen

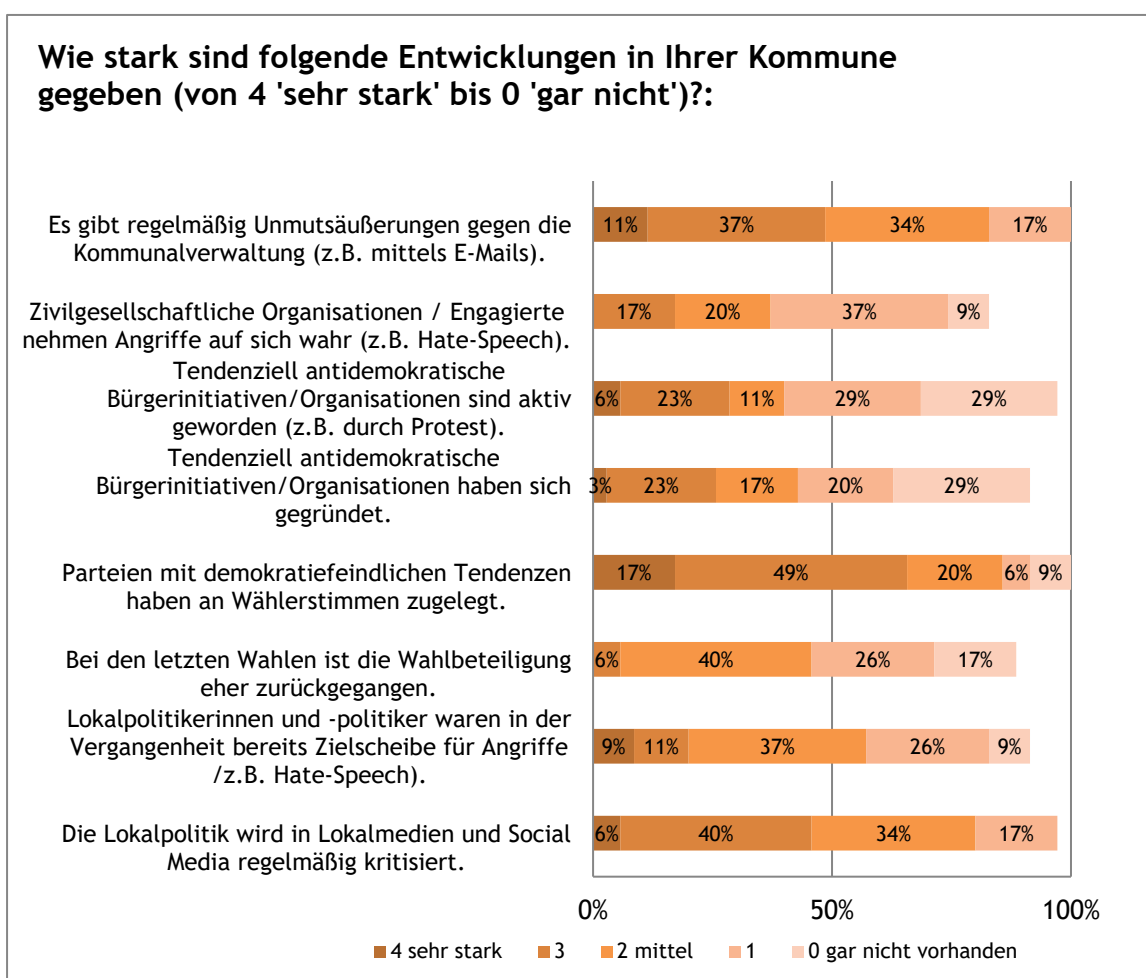
Die kommunale Selbstverwaltung ermöglicht es den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft selbstständig durchzuführen. Dies basiert auf einem engen Zusammenwirken von Politik und Verwaltung mit einer Bürgerschaft, die Verantwortung für das Gemeinwesen übernimmt - etwa in Form sozialer oder politischer Ehrenämter.

Die Untersuchung zeigt, dass dieses Fundament in vielen Kommunen Risse erhält (siehe Abb. 2): Bürgerinnen und Bürger vertrauen diesem Fundament des Zusammenwirkens nicht mehr. So lautet jede zweite Antwort (49%), dass es regelmäßige Unmutsäußerungen gegen die Kommunalverwaltung gibt (z.B. via E-Mail). Jede Zehnte (11%) nimmt dies sogar sehr stark war.

Ebenfalls jede Zweite (46%) nimmt wahr, dass auch die Lokalpolitik regelmäßig kritisiert wird (etwa durch Medien, speziell Social Media). Jede Fünfte (20%) gibt an, dass Lokalpolitikerinnen und -politiker bereits Zielscheibe für Angriffe gewesen seien. Bei 9% wird dies sogar als sehr stark wahrgenommen. 17% geben zudem an, dass sie auch gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen und/oder Engagierten Angriffe wahrnehmen.

Zudem weist ein Viertel der Antworten (26%) darauf hin, dass sich antidemokratische Bürgerinitiativen/Organisationen gegründet hätten. Mehr als ein Viertel (29%) bekundet, dass diese antidemokratischen Kräfte aktiv geworden sind (z.B. durch Protest). Und Zweidrittel (66%) geben an, dass Parteien mit demokratiefeindlichen Tendenzen an Wählerstimmen zugelegt haben. Ein knappes Fünftel (17%) sieht sogar einen sehr starken Zugewinn für Parteien mit demokratiefeindlichen Tendenzen.

Abb. 2: Einschätzung zu aktuellen Entwicklungen in der Kommune



Quelle: eigene Darstellung, n = 35

Die Befragung zeigt damit anschaulich, dass sich Politikverdrossenheit in den befragten NRW-Kommunen nicht nur verbal ausdrückt, sondern Entfremdung durch aktives Handeln kanalisiert wird, etwa durch Angriffe gegenüber Lokalpolitik und zivilgesellschaftliche Organisationen.

1.2 Unzufriedenheit mit Politik und gesellschaftliche Entwicklungen – mögliche Gründe für Politikverdrossenheit

Als zentraler Grund für die aktuellen kommunalen Entwicklungen (siehe Abb. 3) wird die generelle Unzufriedenheit mit Politikerinnen und Politikern gesehen. Jede zweite antwortende Person (55%) ist sich hier „ganz sicher“. Fast alle Antwortenden (97%) sehen die generelle Unzufriedenheit mit Politikerinnen und Politikern als „ganz sicheren“ oder „eventuellen“ Grund. Interessant ist, dass die Antwortenden die aktuellen Entwicklungen eher mit einer „Unzufriedenheit mit Verwaltungsbeschäftigten“ begründen (21%), als mit einer „Unzufriedenheit mit Lokalpolitikerinnen und -politikern“ (12%).

Mögliche Gründe für politische Unzufriedenheit werden vor allem auch in den politischen Entscheidungen in Berlin gesehen (46% sind hier „ganz sicher“) sowie in gesellschaftlichen Entwicklungen, die im Lokalen konkret werden, z.B. die Zuwanderung Geflüchteter (41% sehen dies „ganz sicher“ als Grund) und Entwicklungen wie soziale Ungleichheit (39% „ganz sicher“). Auch die wirtschaftliche Lage (21% „ganz sicher“) und die anhaltenden Auswirkungen der Corona-Pandemie (21% „ganz sicher“) werden als sichere mögliche Gründe für Unzufriedenheiten gewichtet. Knapp jede dritte Antwort (29% „ganz sicher“) sieht zudem Kontroversen um kommunale Themen (z.B. Klimaneutralität, Verkehrswende) als Gründe für die aktuellen Entwicklungen.

Manche Bürgerinnen und Bürger sehen sich nicht als wirkmächtig

Die Interviewpartnerinnen und -partner bestätigen die Ergebnisse durch ihren Eindruck, dass die Menschen vor Ort in der Regel nicht nach Zuständigkeiten der Politik unterscheiden (I1, I2). Auch geht aus zwei Interviews die Beobachtung hervor, dass Bürgerinnen und Bürger die Politik für ihre Situation verantwortlich sehen (z.B. für Entwicklungen im Wohnungsmarkt), dass sie sich selbst jedoch als wenig wirkmächtig wahrnehmen und deshalb auch nicht von sich heraus an Partizipationsangeboten - wie z.B. Demokratiekonferenzen - teilnehmen (I1, I3).

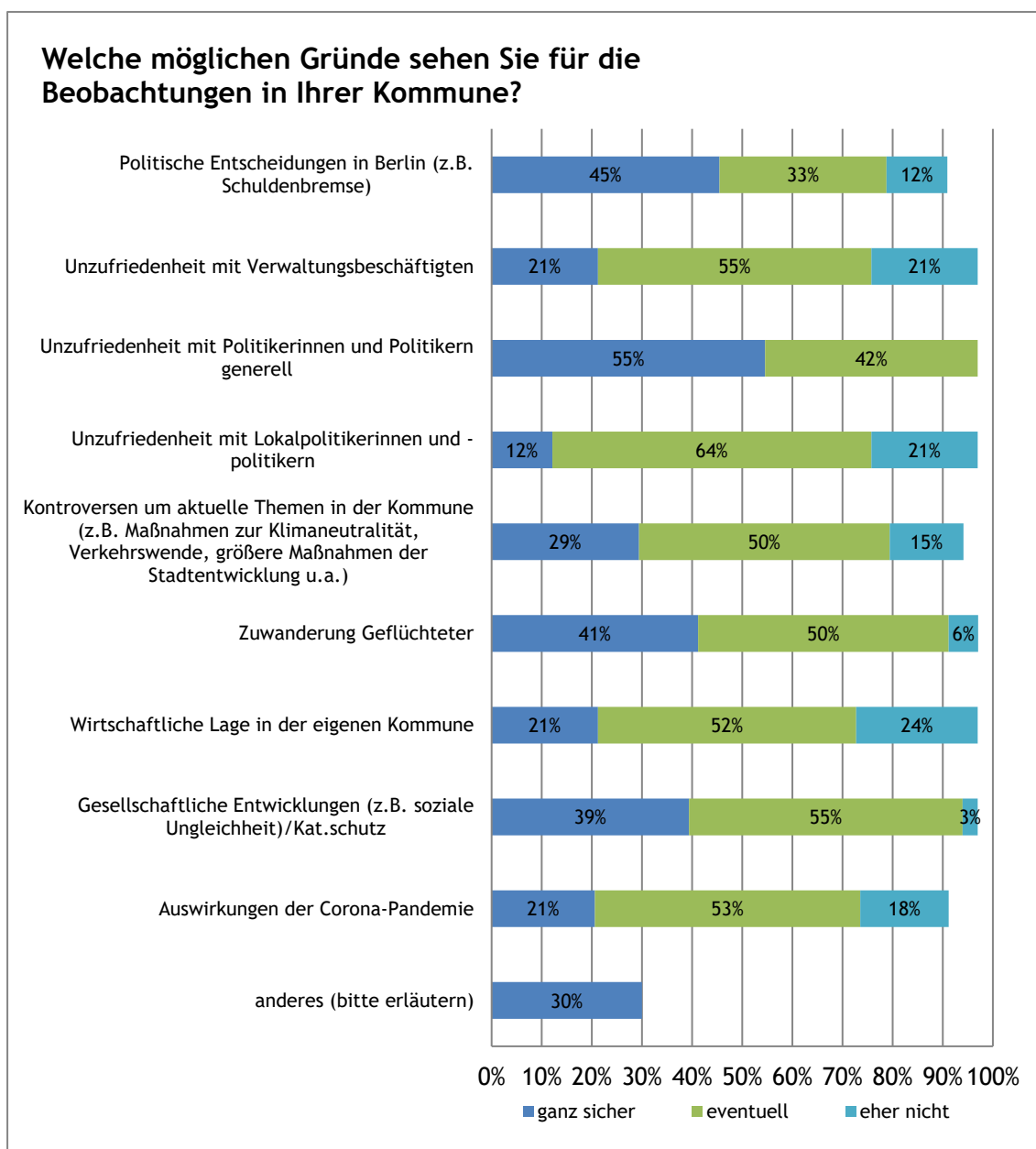
Gutes Beispiel: aufsuchende Befragung zur Stärkung von Engagement und Beteiligung vor Ort

Eine kreisfreie Gemeinde hat mit ihrem Beirat für Bürgerbeteiligung eine aufsuchende Bürgerbefragung durchgeführt zu folgenden Fragen: Was würde euch dazu bringen, euch zu engagieren? Warum habt ihr das Gefühl, dass Politik euch nicht zuhört?

Die Ergebnisse gaben Aufschluss darüber, wie Beteiligung und Engagement vor Ort gestärkt werden und speziell wie Menschen erreicht werden können, die nicht von sich aus Beteiligungsformate und Engagementmöglichkeiten wahrnehmen.

Die Befunde zeigen, dass Gründe für die aktuelle Verdrossenheit vor allem in der Politik (primär der Bundespolitik bzw. bei „den“ Politikerinnen und Politikern) gesehen werden - nicht so sehr in der Lokalpolitik. Dass Kommunen mit bundespolitischen Entwicklungen und Entscheidungen umgehen müssen, die sie selbst nicht unmittelbar beeinflussen können, führt anscheinend auch zu Unzufriedenheit mit der lokalen Verwaltung und Politik und beeinflusst teilweise die kontroversen Auseinandersetzungen um kommunenspezifische Themen.

Abb. 3: mögliche Gründe für aktuelle Beobachtungen



Anderes: "Die wahrgenommene Politikverdrossenheit bezieht sich in der Hauptsache auf die Bundespolitik." | "Die wahrgenommenen Gründe für die Politikverdrossenheit beziehen sich in der Hauptsache auf die Bundespolitik." | "Leistungsversprechen des Staates werden nicht erfüllt." | "Einzelne laute Kritiker" | "Soziale Ungleichheit"

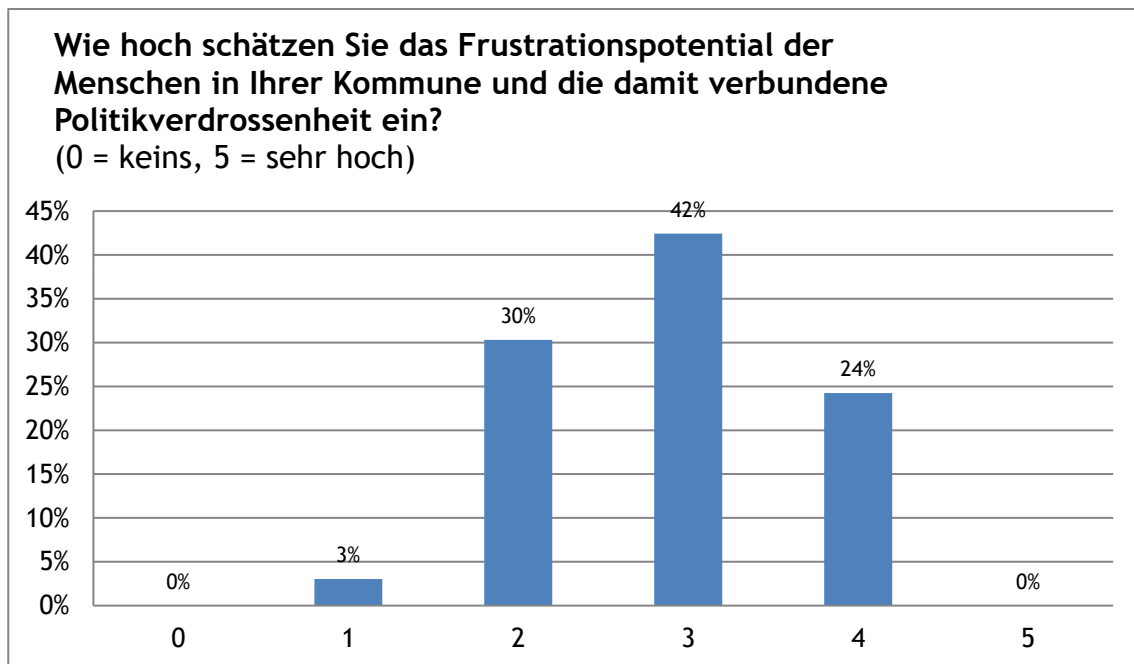
Quelle: eigene Darstellung, n = 34

1.3 Frustrationspotenzial

Mit dem Begriff der „Frustration“ drückt sich nicht nur eine Enttäuschung aus, sondern auch eine wahrgenommene Machtlosigkeit bzw. mangelnde Selbstwirksamkeit.

Die antwortenden Kommunen (siehe Abb. 4) schätzen das Frustrationspotential der Menschen in ihren Gemeinden und Kreisen überwiegend im mittleren Bereich ein (42 %). Rund ein Viertel (24%) sieht ein erhöhtes Frustrationspotential. Nur 3% sehen ein geringes Frustrationspotential. Ein Drittel (30%) stuft es als eher gering ein.

Abb.4: Geschätztes Frustrationspotential



Quelle: eigene Darstellung, n = 33

2 Was ist jetzt zu tun? Einschätzungen zu Maßnahmen und Ansätzen

In diesem Abschnitt wird dargestellt, was aus Sicht der Kommunen jetzt zu tun ist und worin mögliche Handlungsansätze bestehen.

2.1 Stärkung von Teilhabe und Engagement als übergeordnetes Ziel

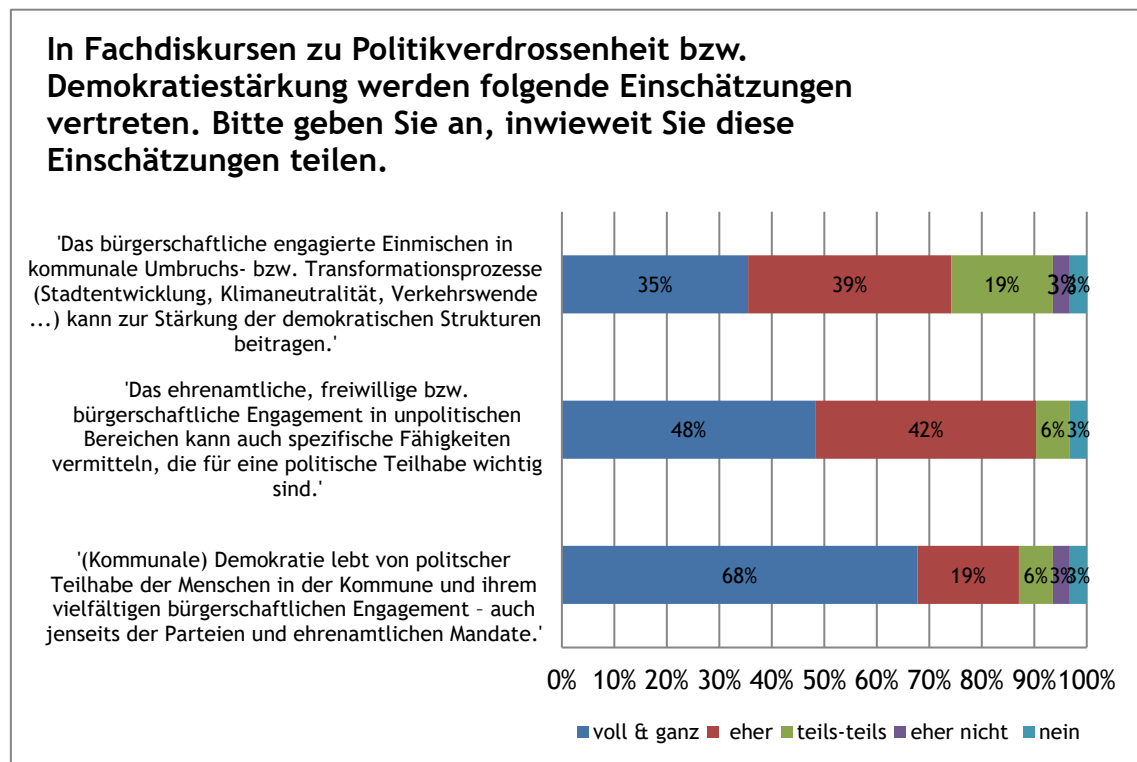
Der überwiegende Teil der Antwortenden (87%) stimmt der Aussage zu, dass (kommunale) Demokratie von politischer Teilhabe der Menschen in der Kommune und ihrem vielfältigen bürgerschaftlichen Engagement lebe - auch jenseits der Parteien und ehrenamtlichen Mandate. 67% stimmen hier sogar voll und ganz zu (siehe Abb. 5).

Ähnlich hohe Zustimmung findet die Aussage, dass ehrenamtliches, freiwilliges bzw. bürgerschaftliches Engagement in unpolitischen Bereichen auch spezifische Fähigkeiten vermittele, die für eine politische Teilhabe wichtig seien. Voll und ganz stimmt hier knapp jeder Zweite zu (48%).

Weniger - aber immer noch hohe - Zustimmung (74%) erhält die Aussage, dass bürgerschaftliches, engagiertes Einmischen in kommunale Umbruchs- bzw. Transformationsprozesse (Stadtentwicklung, Verkehrswende) zur Stärkung der demokratischen Strukturen beitragen kann.

Aus den Befunden lässt sich ablesen, dass politische Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement als Schlüssel zur Bewältigung von Politikverdrossenheit gesehen werden.

Abb. 5: Positionierung zu Einschätzungen aus Fachdiskursen

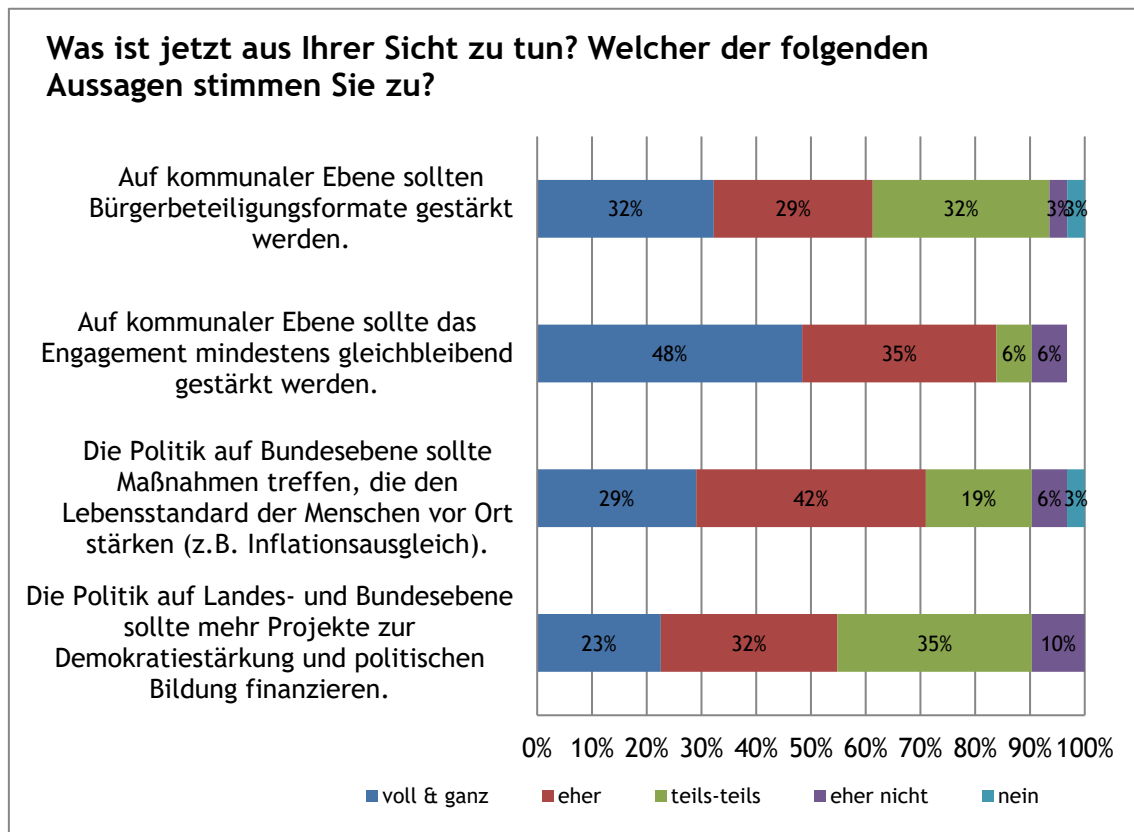


Quelle: eigene Darstellung - n = 31

Dies spiegelt sich auch in der Einschätzung der Befragten zur Frage notwendiger Handlungsansätze (siehe Abb. 6) wider: So spricht sich die Hälfte (48%) voll und ganz dafür aus, dass auf kommunaler Ebene das Engagement mindestens gleichbleibend gestärkt werden solle, insgesamt stimmen der Aussage 84% zu. Immer noch ein Drittel (32%) stimmt voll und ganz zu, dass Bürgerbeteiligungsformate auf kommunaler Ebene gestärkt werden sollten. Mehr als jeder Zweite (61%) stimmt hier insgesamt zu. Tendenziell leicht weniger Zustimmung erfahren Maßnahmen der Bundesebene. So stimmen immerhin noch 29% voll und ganz zu, dass die Bundespolitik Maßnahmen treffen solle, die den Lebensstandard der Menschen vor Ort stärken. Nahezu Dreiviertel (71%) stimmen hier insgesamt zu. Ein Fünftel (23%) sieht Land und Bund bei der Finanzierung von Projekten zur Demokratiestärkung und politischen Bildung in der Pflicht. 10% stimmen hier eher nicht zu.

Die Antworten machen deutlich, dass die Befragten zentrale Handlungsansätze vor Ort sehen. Besondere Bedeutung wird dabei der Engagementförderung zugeschrieben.

Abb. 6: Notwendige Handlungsansätze



Quelle: eigene Darstellung - n = 31

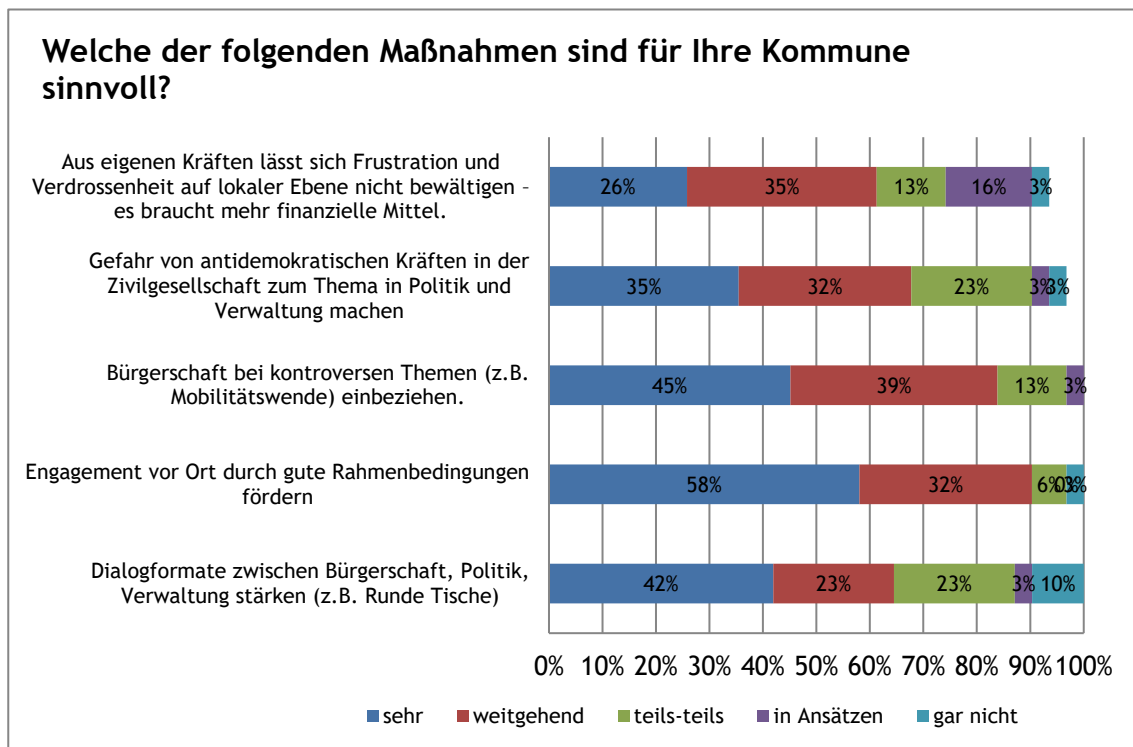
2.2 Eigene sinnvolle Ansätze finden

Gefragt nach sinnvollen Maßnahmen für die eigene Kommune (siehe Abb. 7), sieht ein Großteil der Antwortenden (90%) die Förderung des Engagements vor Ort durch gute Rahmenbedingungen als sinnvoll an - mehr als jede Zweite (58%) als sehr sinnvoll. Als sehr sinnvoll wird zudem die Einbeziehung der Bürgerschaft bei kontroversen Themen gesehen (45%) - insgesamt 84% Zustimmung. Damit verknüpft findet die Stärkung von Dialogformaten zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung Zuspruch - 42% halten diese Maßnahme für sehr sinnvoll.

Dass die Gefahr antidemokratischer Kräfte zum Thema in Politik und Verwaltung gemacht werden soll, hält nur ein Drittel (36%) für sehr sinnvoll. Der Aussage, dass sich Frustration und Verdrossenheit auf lokaler Ebene allein nicht bewältigen lassen und es mehr finanzielle Mittel brauche, stimmen 26% der Befragten voll und ganz zu.

Die Antworten schließen an die Ergebnisse aus Abschnitt 2.1 an, wonach der Schlüssel in der aktiven Stärkung von Partizipation und Engagement gesehen wird.

Abb. 7: Welche Maßnahmen sind für die Kommune sinnvoll?



Quelle: eigene Darstellung, n = 31

Die Interviews machen zudem deutlich, dass es Dialogformate auf lokaler Ebene braucht (I1, I2, I3) und eine Dialogbereitschaft vor allem bei konflikthafter Themen:

„Wir machen das schon viele Jahre, dass wir versuchen, übergreifend aus kommunalen Fachbereichen möglichst früh in Dialog zu gehen. Dass wir auch bei Konflikten versuchen, in Dialog zu gehen, und das hat sich auch in vielen Fällen bewährt. Das klappt nicht immer, weil das braucht auch so eine gewisse Kompromissbereitschaft auf allen Seiten.“
(I1, Leitung Stabstelle Bürgerbeteiligung, kreisfreie Stadt)

2.3 Kommunale Erfahrungen mit ausgewählten Maßnahmen

Abbildung 8 gibt einen Überblick darüber, inwieweit welche Maßnahmen in den Kommunen bereits Praxis oder in Planung sind. Im Ergebnis zeigt sich, dass jede zweite der antwortenden Kommunen (52%) Gestaltungsmöglichkeiten schafft, indem Menschen offensiv eingeladen werden, sich zu beteiligen. Mehr als ein Drittel kann bereits „Orte der Begegnung“ (41%) sowie Leitlinien für die Entwicklung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung (je 37%) vorweisen. Rund ein Viertel (26%) fördert bereits die interkulturelle Öffnung von Angeboten der Bürgerbeteiligung bzw. des Engagements.

Tendenziell nur von jeder zehnten Kommune umgesetzt werden Bürgerräte und Lageberichte zum Engagement (je 15%), die Förderung sozialer Inklusivität von Angeboten der Bürgerbeteiligung und des Engagements (11%) sowie Lageberichte zur Beteiligungskultur (7%).

Die Top 3 der geplanten Maßnahmen von Kommunen sind die Förderung interkultureller Öffnung von Angeboten der Bürgerbeteiligung und des Engagements (30%), die Förderung der sozialen Inklusivität und die offensive Einladung von Menschen, die Stadt vor Ort aktiv mitzugestalten (je 26%).

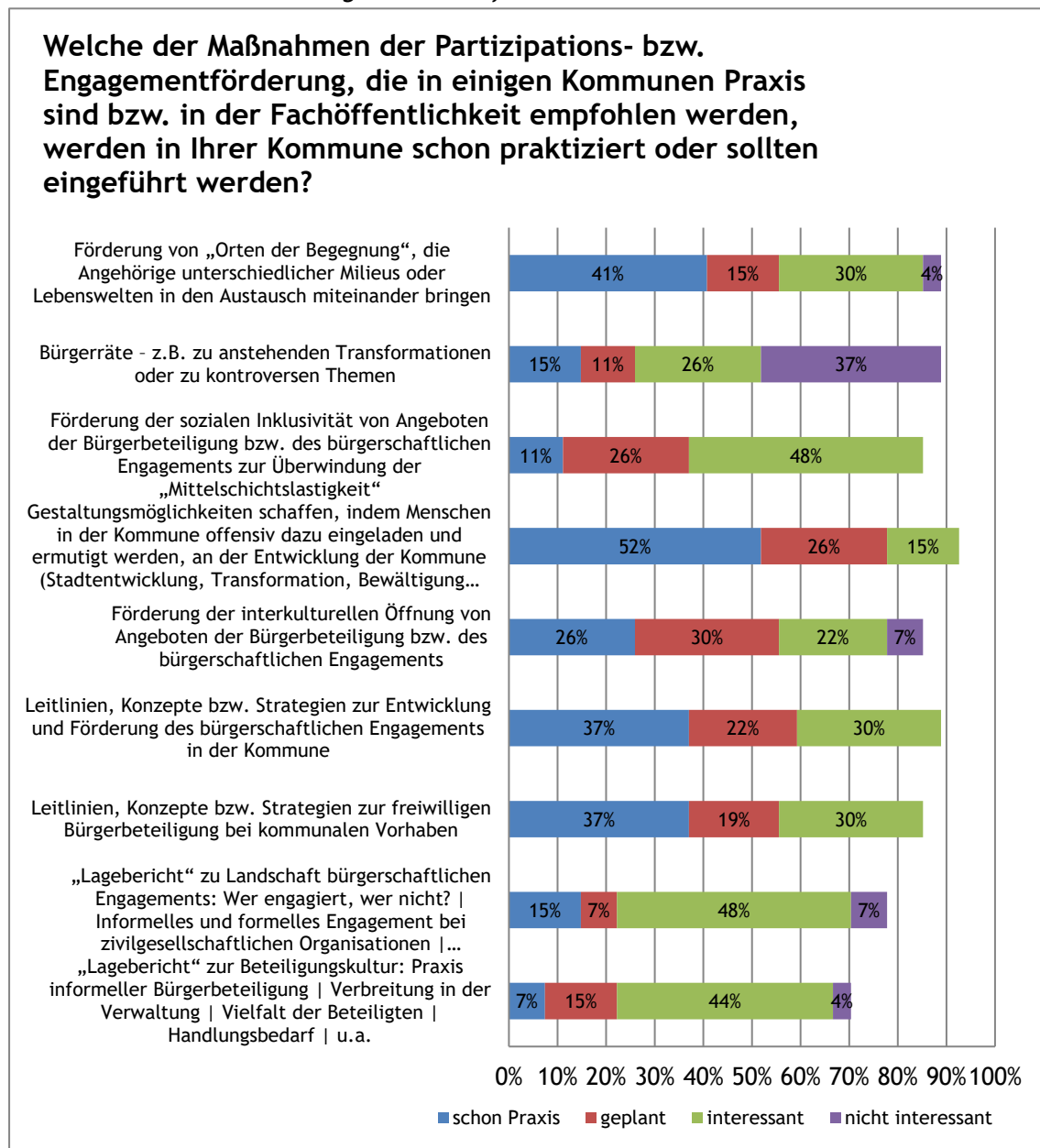
Als interessant werden vor allem folgende Maßnahmen gewertet: Die „Lageberichte“ zum bürgerschaftlichen Engagement (48%) und zur Beteiligungskultur vor Ort (44%) sowie die Förderung der

sozialen Inklusivität (48%). Als wenig interessant aus kommunaler Sicht wird mit Abstand das Instrument der Bürgerräte (37%) gesehen.

Ein Interviewpartner verweist bei den Orten der Begegnung darauf, dass es nicht die eine Lösung für alle gebe:

„Es gibt keine Patentlösung für alle Situationen und Gebiete, sondern man muss sich das immer genau angucken: Wie sieht so ein Stadtteil oder so ein Stadtviertel, eine kleinere Ebene, dann wirklich aus? Natürlich haben wir Stadtteile, in denen hat der letzte Kiosk zugemacht. Und da ist natürlich die Frage, wo treffen sich die Leute eigentlich, wenn nicht mal mehr am Büdchen. Da aber jetzt für alle zu sagen, alle brauchen dies oder jenes [...], das halte ich eigentlich für den falschen Ansatz [...] man muss sich das angucken, was gibt es da auch für eine Vereinsstruktur, eine Religionsgemeinschaftsstruktur, wo treffen sich Leute, wo können sich Leute treffen? Sind die Orte offen oder ist das für einen geschlossenen Kreis [...] Und das machen wir ja auch in den Sozialraumgebieten.“ (I1)

Abb. 8: Vorhandene Praxis ausgewählter Maßnahmen



Quelle: eigene Darstellung, n = 27

Die Auswertung zeigt, dass die Kommunen bereits mit vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung von Engagement und Beteiligung Erfahrung gemacht haben. Entwicklungspotential wird bei der interkulturellen und inklusiven Öffnung von Angeboten für beide Bereiche gesehen sowie im Monitoring (Erarbeitung von Lageberichten zur Beteiligungskultur und zum Engagement). Spezifische Formate, die ggf. mit finanziellen und personellen Ressourcen verknüpft sind (u.a. Bürgerräte), werden als tendenziell weniger interessant eingestuft.

2.4 Weitere Maßnahmen: Bereitschaft zum Dialog und mehr Mut zum Ausprobieren

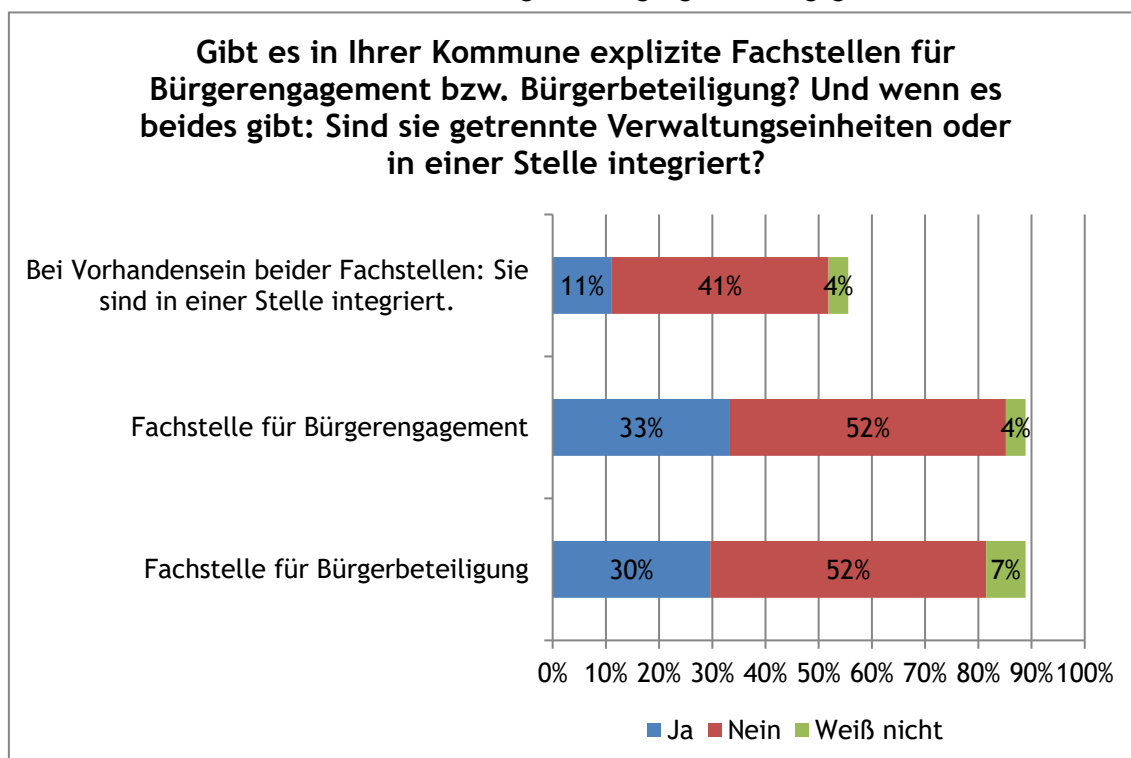
Bei der offenen Frage nach Programmen und Maßnahmen zur Demokratieförderung, der Förderung politischer Teilhabe und des Engagements gibt es 16 Antworten. Am häufigsten wird die Teilnahme am Bundesprogramm *Demokratie leben!* genannt (6 Nennungen). Weitere Nennungen: Durchführung von Jugendparlamenten bzw. Bürgerveranstaltungen, Arbeit des Integrationsbeauftragten und Teilnahme an Schul- und Seniorenprojekten.

Auch in den durchgeführten Interviews wird die Bedeutung von vorhandenen Fördermitteln zur Demokratiestärkung hervorgehoben (I2), sowie die Stärkung des Dialogs (I1, I2, I3). Zugleich wünscht sich ein Interviewpartner mehr Offenheit der Verwaltung: „Also zu sagen, wir müssen nicht Dinge immer noch so machen wie vor 50 Jahren oder so, sondern zu sagen: O.k., wir könnten ja auch mal das oder jenes ausprobieren“ (I1).

2.5 Fachstellen für Bürgerbeteiligung bzw. -engagement

Bei ca. einem Drittel der antwortenden Kommunen gibt es jeweils eine Fachstelle für „Bürgerengagement“ (33%) bzw. für Bürgerbeteiligung (30%). Bei 11% sind diese beiden Fachstellen unter einem Dach integriert.

Abb. 9: Kommunen mit Fachstellen für Bürgerbeteiligung bzw. -engagement



Quelle: eigene Darstellung, n = 27

Fazit und Ausblick: Politikverdrossenheit als Ausdruck von Unsicherheit und Frustration

Die Befragung zeigt, dass Politikverdrossenheit in den befragten nordrhein-westfälischen Kommunen flächendeckend angekommen ist und verschiedene Facetten und Ausprägungsgrade hat: So wird Unmut gegenüber Lokalpolitik genauso wie gegen Verwaltungsakteure wahrgenommen. Angriffe werden bislang bei Lokalpolitikerinnen und -politikern sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen gesehen. Insgesamt wird das Klima antidemokratischer, wie die genannte Gründung und Aktivierung antidemokratischer Initiativen in den befragten Kommunen dokumentiert.

Die Gründe für die aktuellen Entwicklungen werden darin gesehen, dass politische Entscheidungen zur Verunsicherung und Frustration bei den Menschen vor Ort führen. Die Lösungen werden jedoch klar vor Ort gesehen - abgesehen von Rahmenbedingungen wie die Bereitstellung von Fördermitteln zur Demokratiestärkung.

Als zentralen Handlungsansatz identifizieren die Antwortenden die Beibehaltung der Engagementförderung und die Stärkung der Möglichkeiten für die Menschen vor Ort, sich niedrigschwellig und besonders auch bei kontroversen Themen aktiv einzubringen. Damit wird deutlich, dass die Kommunen bewährte Strategien befürworten und diese stärken möchten, anstatt auf eine veränderte Politik in Berlin zu setzen.

Dies macht auch die Frage nach den Erfahrungen mit Maßnahmen deutlich. So präferieren die antwortenden Kommunen die eingeschlagenen Wege, die es weiter auszubauen gilt, etwa die Stärkung der interkulturellen Öffnung und Inklusivität für die Bereiche Beteiligung und Engagement bzw. Einrichtung eines Monitorings („Lageberichte“).

Diskussionsfragen zur Vertiefung

- ⇒ Die Befragung zeigt auf, dass ein Grund für das aktuell angespannte Klima in den Kommunen in der Unzufriedenheit mit dem Verwaltungshandeln gesehen wird. Trifft es Verwaltung als ausführende Instanz oder kann/sollte Verwaltung sich selbst auch reflektieren?
- ⇒ Wie kann die Beibehaltung der Engagementförderung und die informelle Bürgerbeteiligung als freiwillige Aufgaben gelingen bei der derzeit angespannten Haushaltslage?
- ⇒ Welche Form der Unterstützung benötigen die Kommunen bei der Weiterentwicklung ihrer Maßnahmen? (Austausch, finanzielle Unterstützung)?

Handlungsempfehlungen

- ⇒ Kommunen sollten für aktuelle Entwicklungen sensibilisiert sein und selbst Indikatoren entwickeln, um die eigene Lage abzubilden (z.B. Dokumentation von Angriffen gegen Lokalpolitikerinnen und -politiker, zivilgesellschaftliche Organisationen, Beschwerden gegen die Verwaltung, Protestverhalten und Initiativen antidemokratischer Kräfte).
- ⇒ Es gibt nicht das eine Rezept. Wichtig ist, dass Kommunen eigene Handlungsansätze entwickeln und bereits umgesetzte Ansätze evaluieren (z.B. Beteiligungsverfahren), um daraus zu lernen.
- ⇒ Die Themen Beteiligung und Engagementförderung sollten bedarfsorientiert weiterentwickelt werden. Hier kann der Austausch zwischen Kommunen unterstützen.

ANHANG

Literatur

Fuchs, D. (2002). Politikverdrossenheit. In M. Greiffenhagen & S. Greiffenhagen (Hrsg.). Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland (2. Aufl., S. 338-343). Westdeutscher Verlag.

Zur Konzeption der Erhebung ausgewertete Literatur

BMFSFJ 2020: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Partnerschaften für Demokratie. Berlin, 2020.

BPB 2020: Bundeszentrale für politische Bildung: Zusammenhalt durch Teilhabe. Methoden, Aktionen und gute Ideen für ein demokratisches Miteinander. Berlin 2020

BPB 2021: Bundeszentrale für Politische Bildung: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE. Zustand der Demokratie. Bonn, 2021

Brocchi 2019: Davide Brocchi: Große Transformation im Quartier. Wie aus gelebter Demokratie Nachhaltigkeit wird. München (oekom), 2019

Deutscher Städtetag 2013: Deutscher Städtetag: Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung. Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des Deutschen Städtetages. Berlin & Köln, 2013

FES 2019: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Autoren: Frank Decker, Volker Best, Sandra Fischer, Anne Küppers. Bonn 2019

FES 2023a: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Bonn, 2023

Kabis-Staubach+Staubach 2017: Tülin Kabis-Staubach & Reiner Staubach: Beteiligung und Aktivierung im Stadtteil Wissenschaftliche Betrachtungen und praktische Erfahrungen aus dem Planerladen in der Dortmunder Nordstadt; in: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2017 vom 06.04.2017

Klein 2016: PD Dr. Ansgar Klein: Räume der Selbstwirksamkeit als Orte demokratischen Lernens - Herausforderungen der Engagement- und Demokratiepoltik als zivilgesellschaftlicher Strukturpolitik und Gesellschaftspolitik; in: BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 23/2016. Berlin, 2016

kommunal.de 2022: kommunal.de: Newsletter - Kommunen. Herausforderungen 2023: Retende Ideen. 2022

Kübler u.a. 2021: Lukas Kübler, Claus Leggewie, Patrizia Nanz: Demokratische Innovation durch Bürgerräte; in BPB 2021, Seite 47-53

LZpB NRW 2023: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen: 2. Demokratiebericht. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrheinwestfälischen Bevölkerung in 2023. Düsseldorf, 2023
More-in-Common 2021: More in Common Deutschland: Begegnung und Zusammenhalt: Wo und wie Zivilgesellschaft wirken kann. Berlin, 2021

Ritzi 2021: Claudia Ritzi: Zum Zustand demokratischer Öffentlichkeit; in: BPB 2021, Seite 4-11

Rosanvallon 2017: Pierre Rosanvallon: Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens. Hamburg (Hamburger Edition) 2017

Sommer 2023: Jörg Sommer: Moderne Teilhabe im ländlichen Raum. Berlin Institut für Partizipation | bipar, Berlin, 2023

- Strachwitz 2022: DR. RUPERT GRAF STRACHWITZ: Keine Demokratie ohne bürgerschaftliches Engagement. Keynotevortrag zur Gründung des Netzwerks Bürgerschaftliches Engagement Nordrhein-Westfalen am 7. September 2022 im Plenarsaal des Landtags Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Berlin, 2022
- Thünen 2019: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Hrsg.): Thünen Working Paper 119. „Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn“ - eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus. Autorin: Larissa Deppisch. Braunschweig, 2019
- WD Bundestag 2008: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Politikverdrossenheit in Deutschland. Berlin 2008
- Willisch 2021: Andreas Willisch: Bürgerschaftliches Engagement als Gestaltungsengagement. Bundeszentrale für politische Bildung | <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/343480/buergerschaftliches-engagement-als-gestaltungsengagement/>

Interviewleitfaden

1. Vorstellung

- ? Ihre Funktion in der Kommunalverwaltung und Ihre Berührungspunkte zum Thema

2. Einschätzungen zur Politikverdrossenheit

- ? Ist Politikverdrossenheit ein Thema, das in Ihrer Kommune aktiv thematisiert wird?

Unsere Umfrage hat gezeigt, dass knapp die Hälfte der Befragten Unmutsäußerungen gegenüber der Kommunalverwaltung wahrnehmen. Ebenfalls knapp 50% geben an, dass die Lokalpolitik regelmäßig medial kritisiert werde.

- ? Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

60% sagen, dass in ihrer Kommune Parteien mit demokratiefeindlichen Tendenzen an Wählerstimmen gewonnen haben.

- ? Ist das in Ihrer Kommune ebenfalls der Fall? Wenn ja, worin sehen Sie die Ursachen hierfür?

3. Einschätzung Frustrationspotenzial

42% der Befragten ordnen das Frustrationspotenzial bei den Menschen vor Ort als mittelmäßig ein, ein Drittel als hoch.

- ? Wie ist Ihre Einschätzung zum Frustrationspotenzial? Woran machen Sie Frustrationspotenzial konkret fest?

4. Einschätzung zur Rolle der Kommunen

Bei den Gründen für die Politikverdrossenheit sehen die Befragten weit vorne die generelle Unzufriedenheit mit Politikerinnen und Politikern, Zuwanderung und politische Entscheidungen in Berlin, gefolgt von gesellschaftlichen Entwicklungen und aktuelle Themen in der Kommune wie die Mobilitätswende:

- ? Wie schätzen Sie die Rolle der Kommunen dabei ein, bei diesen Gründen der Politikverdrossenheit etwas entgegenzusetzen? Oder sind hier andere politische Akteure gefragt?

5. Mögliche Maßnahmen

Als sehr sinnvoll bewerten die Befragten, dem bürgerschaftlichen Engagement vor Ort gute Rahmenbedingungen zu ermöglichen, gefolgt von Dialogformaten und dem Einbezug der Menschen vor Ort bei kontroversen Themen!

- ? Teilen Sie diese Bewertungen?
- ? Was versprechen Sie sich von diesen Maßnahmen konkret?
- ? Wie ist Ihre Kommune bei diesen Maßnahmen aufgestellt? Was setzen Sie um, was nicht?

6. Einschätzung Potenzial des Bürgerengagements

Die Befragten messen dem bürgerschaftlichen Engagement eine bedeutende Rolle bei hinsichtlich der politischen Teilhabe und der Stärkung demokratischer Strukturen:

- ? Teilen Sie diese Einschätzung? Gibt es in Ihrer Kommune Beispiele dafür, die dies belegen?
- ? Nehmen Sie wahr, wie es um das Engagement in Ihrer Kommune steht? (neue Gründungen, aktives Eintreten gegen antidemokratische Kräfte etc.)
- ? Wird das Engagement in Ihrer Kommune adäquat gefördert - angesichts der großen Bedeutung, die ihm in diesem Themenkontext zugeschrieben wird?

7. Gute Beispiele

? Gibt es in Ihrer Kommune Maßnahmen, die gut funktionieren? Wenn ja, welche?

Orte der Begegnung und Leitlinien zur Förderung von Bürgerengagement bzw. Bürgerbeteiligung werden von vielen Kommunen der Befragten bereits praktiziert bzw. wurden eingeführt!

? Haben Sie mit diesen Maßnahmen Erfahrungen gemacht? Falls ja, welche?

8. Abschluss

? Wenn Sie drei Wünsche frei hätten für die Bewältigung von Politikverdrossenheit: Welche wären dies?

? Gibt es noch Punkte, die noch nicht angesprochen wurden, Ihnen aber noch wichtig sind?

Online-Fragebogen